

ÖDP-Antworten auf die Wahlprüfsteine des Netzwerkes Grundeinkommen

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Netzwerk Grundeinkommen ist ein Zusammenschluss von Einzelpersonen, Organisationen und Initiativen mit dem Ziel, ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Menschen einzuführen, das existenzsichernd ist und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht, auf das ein individueller Rechtsanspruch besteht, das ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen garantiert wird. Das Grundeinkommen soll dazu beitragen, Armut und soziale Notlagen zu beseitigen, den individuellen Freiheitsspielraum zu vergrößern sowie die Entwicklungschancen jedes Einzelnen und die soziale und kulturelle Situation im Gemeinwesen nachhaltig zu verbessern (vgl. [Statuten](#)). Anlässlich der kommenden Europawahl 2019 haben wir einen [Appell](#) an alle zur Wahl antretenden Parteien gerichtet. Darin werden die Parteien aufgefordert, das Grundeinkommen als Ziel für alle Länder der EU bzw. in Europa – perspektivisch auch als Menschenrecht weltweit – in ihr Wahlprogramm aufzunehmen.

Nunmehr stellen wir Ihrer Partei unten stehende Fragen zum Wahlprogramm. Anhand dieser Wahlprüfsteine können sich Wahlberechtigte in Deutschland informieren, ob sich Ihre Partei für ein o. g. Grundeinkommen einsetzt.

Wir bitten um eine Beantwortung (per E-Mail) bis zum 21. April 2019 an kontakt@grundeinkommen.de. Die Antworten werden wir den Mitgliedern unseres Netzwerks bekannt geben. Sie stehen der interessierten Öffentlichkeit auch in voller Länge auf unserer Homepage zur Verfügung.

Um eine leichtere Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Antworten der verschiedenen Parteien für die Leserinnen und Leser zu gewährleisten, bitten wir, den Umfang Ihrer Antworten insgesamt auf höchstens 4.000 Zeichen (einschließlich Leerzeichen) zu begrenzen.

Mit freundlichen Grüßen
Matthias Blöcher, Netzwerk Grundeinkommen
Mitglied im Netzwerkrat, www.grundeinkommen.de
31. März 2019

Fragen

1. Hat Ihre Partei die Forderung nach einem Grundeinkommen gemäß o. g. Definition in ihr Programm zur Wahl des Europäischen Parlaments aufgenommen? (Bitte mit Angabe des konkreten Textes und des Links zur Quelle)

2. Wie steht Ihre Partei zu der mit großer Mehrheit und von Mitgliedern aller Fraktionen im Europäischen Parlament beschlossenen Forderung, „zu prüfen, wie verschiedene Modelle bedingungsloser und der Armut vorbeugender Grundeinkommen für alle zur gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Eingliederung beitragen könnten, wobei insbesondere zu berücksichtigen ist, dass sie nicht stigmatisierend wirken und geeignet sind, Fälle von verschleierte Armut zu vermeiden“? (vgl. Ziffer 44 in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. Oktober 2010 zu der Bedeutung des Mindesteinkommens für die Bekämpfung der Armut und die Förderung einer integrativen Gesellschaft in Europa ([2010/2039\(INI\)](#)))

3. Welche konkreten Initiativen haben Ihre Partei und die Mitglieder Ihrer Partei im Europäischen Parlament und in dem Deutschen Bundestag zur Umsetzung dieses Prüfauftrages in der Vergangenheit ergriffen? Welche konkreten politischen Initiativen hat Ihre Partei geplant, um die Bundesregierung Deutschland zur Umsetzung des Prüfauftrages zu bewegen?

4. Über 238 namhafte Wissenschaftler*innen aus 28 EU-Mitgliedsstaaten richteten mit einem [offenen Brief](#) einen Appell an die EU: „Europa, es ist Zeit, die Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum zu beenden.“ Darin fordern sie auch ein Grundeinkommen. Welche konkreten Aktivitäten und Initiativen plant Ihre Partei, um auf EU-Ebene die Einführung des Grundeinkommens gemäß o. g. Definition in den EU-Mitgliedsstaaten zu befördern?

5. Welche Schritte hin zum Grundeinkommen haben Sie in Ihrem Wahlprogramm für die Europawahl 2019 aufgeführt?

Antworten der ÖDP:

1. Im Europawahlprogramm haben wir die folgenden Forderungen zu einem Grundeinkommen aufgenommen:

- Europaweit ein ausreichendes Grundeinkommen für Personen, die über kein eigenes Einkommen verfügen können. Dazu zählen für uns u.a. Kinder, Erziehende, Pflegende, Rentner/innen und Erwerbsunfähige. Die Höhe eines ausreichenden Grundeinkommens muss jeweils in den einzelnen Nationalstaaten an deren volkswirtschaftlichen Gegebenheiten ausgerichtet sein.
- Konkrete Rahmenbedingungen sollen Zu- und Abwanderungsströmungen verhindern. Ausdrücklich abgelehnt wird von der ÖDP ein bedingungsloses Grundeinkommen (Quelle: Europawahlprogramm 2019, Abschnitt 3, Seite 3), da es in der Natur der Sache liegt, dass spezifische europäische und ggf. nationale Regelungen getroffen werden müssen.

2. Wir brauchen vordringlich für Personen, die über kein eigenes Einkommen verfügen können, ein ausreichendes Grundeinkommen. Dazu zählen für uns u.a. Kinder, Rentnerinnen / Rentner, Erwerbsunfähige und Erwerbseingeschränkte. Solange ein entsprechend Erziehungs- und Pflegegehalt nicht verwirklicht ist, gehören auch Erziehende und Pflegende dazu. (Quelle: BPT-Beschluss Ingolstadt vom 06./07.05.2017, <https://www.oedp.de/partei/bundesparteitage/bundesparteitag-ingolstadt-2017/>) Zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der o.a. Initiative ([2010/2039\(INI\)](#)) war die ÖDP aber noch nicht im Europäischen Parlament vertreten.

3. In der ÖDP gibt es einen Bundesarbeitskreis Humanökologisches Grundeinkommen (BAK HöGE), der sich intensiv mit der Thematik befasst. Im Bundestag sind wir leider nicht vertreten, im Europäischen Parlament sind wir mit einem Abgeordneten präsent. Mit den neuen Abgeordneten werden wir nach der Europawahl erörtern, in wieweit der Prüfauftrag in Richtung Grundeinkommen umgesetzt werden kann:

Der Bundesarbeitskreis HöGE hat eine Fibel erarbeitet, wie das humanökologische Grundeinkommen mittelfristig umgesetzt werden soll.

<https://www.oedp.de/partei/bundesarbeitskreise-und-kommissionen/bak-humanoeologisches-grundeinkommen/>

4. Die Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum möchte auch die ÖDP beenden: Seit 1980 verbraucht die Menschheit Jahr für Jahr mehr Ressourcen, als die Erde zur Verfügung stellen

kann. Wenn im Jahr 2050 alle Menschen weltweit den Lebensstil der heutigen reichen Länder kopieren wollten, benötigten wir die Ressourcen von drei Erden. Dennoch ist die gegenwärtige Politik nach wie vor vom Streben nach grenzenlosem Wirtschaftswachstum geprägt. Sämtliche etablierten Parteien haben dieses Ziel in ihren Programmen festgeschrieben. Die ÖDP hingegen ist seit jeher der Überzeugung, dass unsere begrenzte Erde kein grenzenloses Wachstum verträgt.

Deshalb stehen wir für eine Umkehr hin zu einer für Menschheit und Natur verträglichen Wirtschaftsweise und fordern wirkungsvolle gesetzliche Regelungen. Ansonsten verweisen wir auf unsere Forderungen, die wir in den vorherigen Fragen beantwortet haben.

5. Siehe Antwort zu Frage 1. Da es sich um ein Programm mit den wichtigsten Forderungen handelt, haben wir keine langen Umsetzungskonzeptionen hineingeschrieben.

Mainz, den 21.04.2019